

„Wir haben die Wahl!“

11.09.2017 von Rilana Gericke

Demokratie stärken durch Beteiligung und Respekt

Aufruf des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, zur Bundestagswahl am 24. September 2017

„Am 24. September wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. Als christliche Kirchen sehen wir uns in der Mitverantwortung für unser Gemeinwesen. Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger, den politischen Weg unseres Landes aktiv mitzugestalten. Der erste und wichtigste Schritt dazu ist, sich über die anstehenden Entscheidungen ein eigenes verantwortliches Urteil zu bilden und das Wahlrecht auszuüben. Die Demokratie lebt durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Je höher die Wahlbeteiligung ist, umso stabiler ist das Mandat derjenigen, die Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen. Umso besser können auch die Anliegen und Interessen der Wählerinnen und Wähler im Parlament vertreten und in eine bewahren und gleichzeitig der weltweiten Verantwortung unseres Landes gerecht zu werden. Wirtschaftlich ist Deutschland sehr erfolgreich. Der schnelle und weltumspannende Wandel unserer Lebensumstände aber fordert uns heraus. Viele Menschen kommen in unser Land, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu finden. Andere kommen auf der Suche nach Arbeit und einem gesicherten Leben. Dies macht unser Land bunter und vielfältiger, stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Denn umso dringlicher stellt sich die Frage nach dem, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Die Demokratie braucht die lebendige Auseinandersetzung und sie bedarf der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger, in ihren Wahlentscheidungen zu bedenken, welche politischen Positionen und Kräfte unser Gemeinwesen stärken und unser Zusammenleben fördern. Wir möchten besonders auf drei politische Aufgaben hinweisen. Viel wird sich in den nächsten Jahren daran entscheiden, ob es uns gelingt, mit diesen Aufgaben auf gute Weise umzugehen. Politik umgesetzt Gemeinwohl dient.

Den Wandel gestalten

Die Abgeordneten des Parlaments und die neue Bundesregierung werden vor großen Aufgaben stehen. Es gilt, Freiheit und Frieden, Wohlstand, Zusammenhalt und Vielfalt zu bewahren und gleichzeitig der weltweiten Verantwortung unseres Landes gerecht zu werden. Wirtschaftlich ist Deutschland sehr erfolgreich. Der schnelle und weltumspannende Wandel unserer Lebensumstände aber fordert uns heraus. Viele Menschen kommen in unser Land, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu finden. Andere kommen auf der Suche nach Arbeit und einem gesicherten Leben. Dies macht unser Land bunter und vielfältiger, stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Denn umso dringlicher stellt sich die Frage nach dem, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Die Demokratie braucht die lebendige Auseinandersetzung und sie bedarf der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger, in ihren Wahlentscheidungen zu bedenken, welche politischen Positionen und Kräfte unser Gemeinwesen stärken und unser Zusammenleben fördern. Wir möchten besonders auf drei politische Aufgaben hinweisen. Viel wird sich in den nächsten Jahren daran entscheiden, ob es uns gelingt, mit diesen Aufgaben auf gute Weise umzugehen.

Demokratische Streitkultur – Respektvolle Auseinandersetzung

In den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie um die Fragen von Globalisierung, Zuwanderung und Gerechtigkeit erbittert gestritten wurde. Neue politische Kräfte haben sich etabliert. Manchmal stehen sich Standpunkte unversöhnlich gegenüber. Von den Hasskommentaren im Internet bis zur Ausübung von physischer Gewalt ist der Weg manchmal nicht weit. Wir fordern alle, die sich an politischen Debatten beteiligen, dazu auf, dies hörbereit und respektvoll, friedlich und gewaltfrei zu tun.

Keine Ausgrenzung

Den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, bedeutet auch, niemanden wegen seines Glaubens, seiner Hautfarbe, seiner geschlechtlichen Orientierung oder wegen seiner Volkszugehörigkeit abzuwerten und auszugrenzen. Nach unserer Überzeugung ist jeder Mensch als einzigartiges Geschöpf Gottes mit unveräußerlicher Menschenwürde ausgestattet und Träger der universalen und unteilbaren Menschenrechte. Für die Wahrung dieser Rechte tragen wir Verantwortung. Unser Land muss weltoffen bleiben und weiter Verantwortung übernehmen für die Schwächsten und Verwundbarsten.

Den europäischen Zusammenhalt und eine internationale Friedensordnung stärken

Unser Land muss seinen Platz in einer Welt finden, die erheblich unsicherer geworden ist. An den Grenzen Europas finden zahlreiche Konflikte statt. Die europäische Einigung muss als kostbares Gut bewahrt und mit neuer Dynamik fortgeführt werden, anstatt in nationalen Egoismus zurückzufallen. Wir verkennen nicht die komplexen Herausforderungen in Europa, etwa in der Ausgestaltung der Währungsunion oder der fairen Lastenverteilung im Umgang mit Flüchtlingen. Wir bitten aber die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, den Prozess der europäischen Einigung weiter zu unterstützen. Nur ein einiges Europa ist der Garant für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent und kann neue Impulse geben für eine internationale Friedensordnung sowie für eine ökologische und sozial gerechte Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Diesen und den vielen weiteren Aufgaben können wir uns mit Zuversicht und Mut stellen. Als Kirchen, als Christinnen und Christen vertrauen wir auf den Schutz und Beistand Gottes und stehen ein für den Dialog und das friedliche Zusammenleben von Menschen aller Religionen und Weltanschauungen. Darum bitten wir noch einmal, durch Teilnahme an den Bundestagswahlen die Demokratie in unserem Land zu stärken.“

Einen Kommentar schreiben